

A b d r u c k

Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Donnerstag, den **07.10.2004**,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:30 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Frau Gabriele Almitter
Herr Dietmar Andre
Frau Marion Becker-Scharrer
Herr Karlheinz Bein
Herr Michael Berninger
Herr Joachim Bieber
Herr Michael Böhme
Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Herr Erwin Dotzel
Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Frau Emma Fichtl
Herr Bruno Fischer
Herr Boris Großkinsky
Herr Michael Günther
Herr Erich Hein
Frau Birgit Hotz
Herr Dr. Heinz Kaiser
Frau Claudia Kappes
Frau Marliese Klappenberger-Thiel
Herr Erich Kuhn
Herr Edwin Lieb
Herr Dr. Heinz Linduschka
Frau Isolde Marsilia
Herr Thorsten Meyerer
Frau Petra Münzel
Herr Karl Neuser
Frau Waltraud Nutz
Herr Helmut Oberle
Herr Günther Oettinger
Herr Jürgen Reinhard
Herr Paul Ripperger
Herr Ludwig Ritter
Herr Jens Marco Scherf
Herr Ludwig Scheurich
Herr Otto Schmedding
Frau Monika Schuck
Herr Kurt Schumacher

anwesend bis 15:25 Uhr

Herr Dr. Ulrich Schüren
Herr Kurt Schüßler
Herr Manfred Schüßler
Herr Hermann Spinnler
Herr Erich Stappel
Herr Bernhard Stolz
Herr Ivo Trützel
Herr Dr. Rainer Vorberg
Frau Gabriele Weber
Frau Ruth Weitz
Frau Heidi Wright
Herr Wolfgang Zöllner

anwesend bis 15:25 Uhr

anwesend bis 15:00 Uhr

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsmitglieder

Herr Ulrich Frey
Herr Hans Grimm
Herr Ferdinand Kern
Herr Richard Klug
Herr Joachim Lüft
Frau Gabriele Manderfeld-Albreit
Herr Berthold Rüth
Herr Dr. Jörg Vorbeck
Herr Roland Weber

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Frau Tanja Ackermann, Oberregierungsrätin
Herr Lothar Beger, Verwaltungsamtmann
Herr Dr. Erwin Dittmeier, Medizinaldirektor (Punkt 6)
Herr Dietmar Fieger, Oberregierungsrat
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsamtsrat
Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat
Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing Frau Kreisrätin Ellen Eberth zur Vollendung des 60. Lebensjahres am 01.10.2004.

Anschließend stellt sich Frau Oberregierungsrätin Tanja Ackermann persönlich vor.

Tagesordnung:

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 26.07.2004
- 2 Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für die Amtsperiode 2005 bis 2009:
Beschlussfassung über die Vorschlagsliste des Landkreises Miltenberg
- 3 Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrates der Sparkasse Miltenberg-Obernburg als
Nachfolger für den zurückgetretenen Kreisrat Ivo Trützler
- 4 Information über den Jahresabschluss 2003 der Sparkasse Miltenberg-Obernburg
- 5 Bericht über die Haushaltsabwicklung 2004
- 6 Information über die Umsetzung des SGB II im Landkreis Miltenberg

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 26.07.2004

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 26.07.2004 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für die Amtsperiode 2005 bis 2009: Beschlussfassung über die Vorschlagsliste des Landkreises Miltenberg

Oberregierungsrat Fieger teilte mit, dass die Fraktionen und Gruppierungen des Kreistages folgende 17 Personen zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgericht Würzburg für die Amtsperiode 2005 bis 2009 vorgeschlagen haben:

1. Bieberle Bernhard, 63924 Kleinheubach
2. Buhleier Inge, 63897 Miltenberg
3. Danninger Stefan, 63924 Kleinheubach
4. Fischer Bruno, 63785 Obernburg a.Main
5. Fried Bernhard, 63906 Erlenbach a.Main
6. Hein Erich, 63868 Großwallstadt
7. Herweg Judith, 63927 Bürgstadt
8. Kern Ferdinand, 63785 Obernburg a.Main
9. Nebel Gerhard, 63849 Leidersbach
10. Ritter Ludwig, 63853 Mömlingen
11. Rittger Elk, 63820 Elsenfeld
12. Schneider Joachim, 63911 Klingenberg a.Main
13. Stegmann Jutta, 63853 Mömlingen

14. Weber Gabriele, 63916 Amorbach
15. Weber Roland, 97903 Collenberg
16. Weis Raimund, 63933 Mönchberg
17. Weitz Ruth, 63785 Obernburg a.Main

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste sei die Zustimmung von mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Kreistages (= 42) erforderlich.

Gemäß der schriftlichen Mitteilung des Verwaltungsgerichts Würzburg vom 09.09.2004 könne nach dem Beschluss des Wahlausschusses der Landkreis Miltenberg bis zu 18 Personen zur Wahl vorschlagen. Die Kreistagsgruppierung der FDP/UWG habe auf einen entsprechenden Vorschlag verzichtet.

Durch den Kreistag wurde bei einer Gegenstimme folgender

B e s c h l u s s

gefasst:

Die genannten Personen werden in die Vorschlagsliste des Landkreises Miltenberg zur Wahl der ehrenamtlichen Richter des Verwaltungsgerichts Würzburg aufgenommen.

Tagesordnungspunkt 3:

Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrates der Sparkasse Miltenberg-Obernburg als Nachfolger für den zurückgetretenen Kreisrat Ivo Trützler

Landrat Schwing gab davon Kenntnis, dass Kreisrat Ivo Trützler mit Schreiben vom 25.09.2004 seinen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse Miltenberg-Obernburg erklärt habe.

Oberregierungsrat Fieger teilte mit, dass gemäß § 4 Abs. 1 der für die Sparkasse Miltenberg-Obernburg gültigen Satzung vom 27.02.2003 i.V. mit Art. 8 Abs. 1 des Bayerischen Sparkasengesetzes (SpkG) die Zahl der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates auf 12 Personen festgesetzt sei. Nach Art. 8 Abs. 2 SpkG werden zwei Drittel der weiteren Mitglieder (= acht) vom Gewährträger, ein Drittel von der Aufsichtsbehörde zum Amt berufen. In gleicher Weise sei für jedes Mitglied ein Ersatzmann zu bestellen. Nach Art. 8 Abs. 3 SpkG wähle der Kreistag die von ihm zu bestellenden Mitglieder aus seiner Mitte mit Stimmenmehrheit.

Für die vom Landkreis zu berufenden Mitglieder richte sich das Wahlverfahren nach Art. 45 Abs. 3 LkrO. Danach werden Wahlen in geheimer Abstimmung vorgenommen, Art. 45 Abs. 3 Satz 1 LkrO. Gewählt sei, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalte, Art. 45 Abs. 3 Satz 3 LkrO.

Ersatzmann für den Gewählten soll unverändert Herr Kreisrat Erich Stappel bleiben.

Kreisrat Trützler begründete seinen Rücktritt damit, dass seine Firma in das Immobiliengeschäft einsteigen und er damit künftig in Konkurrenz zur Sparkasse Miltenberg-Obernburg a.Main stehen werde.

Landrat Schwing schlug vor, diese Gründe zu akzeptieren und einen Nachfolger zu wählen.

Kreisrat Dr. Kaiser fragte, wann der Ersatzmann in Funktion trete, welche Aufgaben dieser habe und warum im vorliegenden Fall nicht der Ersatzmann zum Mitglied des Verwaltungsrates gewählt werden soll.

Oberregierungsrat Fieger antwortete darauf, dass der Ersatzmann für kurzfristige Verhinderungen des Mitglieds zur Verfügung stehe. Sofern ein Mitglied auf Dauer nicht mehr zur Verfügung stehe (Krankheit, Niederlegung des Mandats aus weiteren Gründen) sei entweder der Ersatzmann als ordentliches Mitglied zu bestellen oder ein Nachfolger für das zurückgetretene Mitglied zu wählen. Die Verwaltung schlage Letzteres vor.

Die Frage von Kreisrat Dr. Linduschka, ob die Fraktion Neue Mitte entschieden habe, dass eine Neuwahl erfolge, beantwortete Landrat Schwing dahingehend, dass dies die einfachste Lösung sei. Das Amt des Verwaltungsrates der Sparkasse sei übrigens nicht fraktionsgebunden.

Der Kreistag fasste daraufhin einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

Die Rücktrittserklärung des Kreisrates Ivo Trützler aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse Miltenberg-Obernburg sowie die dazu vorgetragenen Gründe werden anerkannt. Zur Bestellung eines Nachfolgers wird eine Neuwahl durchgeführt.

Kreisrat Stappel teilte anschließend mit, dass, nachdem Kreisrat Trützler sein Amt als Verwaltungsrat aus geschäftlichen Gründen zur Verfügung gestellt hatte, die Fraktion Neue Mitte einstimmig beschlossen habe, Kreisrat Bruno Fischer für die Wahl zum Nachfolger vorzuschlagen. Er bat die Mitglieder des Kreistages, diesem Kandidaten das Vertrauen zu schenken.

Auf Befragen von Landrat Schwing, ob es weitere Vorschläge gebe, schlug Kreisrat Dr. Fahn als weiteren Kandidaten für das Amt des Verwaltungsrates der Sparkasse Miltenberg-Obernburg Kreisrat Dr. Heinz Linduschka vor.

Auf Vorschlag von Landrat Schwing wurde ein Wahlausschuss, bestehend aus Oberregierungsrätin Ackermann, Oberregierungsrat Fieger und Verwaltungsamtsrat Rüth, gebildet.

Die sodann mit Stimmzetteln durchgeführte Wahl brachte folgendes Ergebnis:

Abgegebene Stimmen:	52,
davon ungültige Stimmen,	8,
gültige Stimmen:	44.

Auf Kreisrat Bruno Fischer entfielen 28 Stimmen, auf Kreisrat Dr. Heinz Linduschka 16 Stimmen. Damit wurde Kreisrat Bruno Fischer mit Stimmenmehrheit in den Verwaltungsrat der Sparkasse Miltenberg-Obernburg gewählt.

Auf Befragen von Landrat Schwing erklärte Kreisrat Fischer, dass er die Wahl annehme.

Tagesordnungspunkt 4:

Information über den Jahresabschluss 2003 der Sparkasse Miltenberg-Obernburg

Landrat Schwing wies darauf hin, dass der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Miltenberg-Obernburg, Herr Dr. Hübener, im Sinne einer möglichst zeitnahen Information bereits am 25.05.2004 im Kreistag über das Geschäftsjahr 2003 der Sparkasse Miltenberg-Obernburg a.Main berichtet habe. Das damals noch nicht vorliegende Testat der Prüfungsstelle des Sparkassenverbands Bayern sei erwartungsgemäß am 28.05.2004 ohne Einwendungen erteilt worden. Ebenso sei die Feststellung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat der Sparkasse Miltenberg-Obernburg am 29.06.2004 erfolgt.

Der Kreistag nahm hiervon einstimmig zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Bericht über die Haushaltsabwicklung 2004

Kreiskämmerer Straub erläuterte den dieser Niederschrift beiliegenden Bericht über die Haushaltsabwicklung 2004 (Stand 30.09.2004).

Landrat Schwing bemerkte, dass die Entwicklung besser als erwartet sei. Gründe dafür seien, dass Baumaßnahmen nicht wie geplant hätten realisiert werden können und die beschlossenen Sparmaßnahmen, auch das Projekt „Intelligentes Sparen“, gewirkt hätten. Erfreulich seien auch die Entwicklungen im Einzelplan 4. Sorge bereite jedoch nach wie vor die Grundsicherung. Hier seien nur 30 % der Kosten gedeckt. Die Kostenneutralität, die der Bund versprochen hatte, sei leider nicht eingetreten.

Der Ausblick in das Haushaltsjahr 2005 sei zunächst positiv. Wenn man jedoch genauer hinsehe, müsse man feststellen, dass mit den geplanten und neuen Aufgaben schon wieder alles verausgabt sei. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werde den Landkreis Miltenberg wegen seines hohen Ausländeranteils besonders hart treffen. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt betrage der Ausländeranteil 30,7 %, beim Frauenhaus 55 %. Es gebe schon Landkreise und Städte, die die Vereinbarung mit ihrem Frauenhaus gekündigt hätten. Wie sich die Umsetzung des SGB II auf den Haushalt 2005 auswirken werde, sei derzeit noch nicht bekannt. Die Verwaltung gehe davon aus, dass der Haushaltsplan 2005 später als in den Vorjahren beschlossen werden könne, weil die Entwicklung des 1. Quartal abgewartet werden sollte. Mit den geplanten großen Baumaßnahmen dürfte es keine Probleme geben, da hierfür genügend Haushaltsreste und genehmigte Darlehen, vorhanden seien.

Auf Befragen von Kreisträtin Münzel, welche Landkreise und Städte die Vereinbarung mit dem Frauenhaus gekündigt hätten, antwortete Landrat Schwing, dass ihm derzeit nur eine Mitteilung des Bayer. Landkreistages vorliege, wonach gebeten werde, dies nicht zu tun. Um welche Landkreise und Städte es sich handele, sei nicht bekannt.

Kreisrat Dr. Fahn bezeichnete es als positiv, dass die Ansätze im Einzelplan 4 ausreichen werden. Was die Grundsicherung betreffe, halte er das Vorgehen der Verwaltung für richtig. Da nur 30 % der Kosten erstattet werden, entstehe für den Landkreis Miltenberg ein Minus. Seiner Meinung nach müssten die Grundsicherungskosten voll erstattet werden. Nachdem

sich auch die Gewerbesteuer positiv entwickelt habe, bitte er (Kreisrat Dr. Fahn) um Auskunft, inwieweit ein Spielraum bestehe, so dass die Kommunen etwas entlastet werden könnten.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass gegen das Grundsicherungsgesetz Klagen laufen und voraussichtlich im Jahr 2005 darüber entschieden werde. Er hoffe, dass das Gesetz zu Fall gebracht und neue Verhandlungen geführt werden müssen. Vielleicht gebe es dann eine andere Kostenverteilung.

Kreisrat Dr. Kaiser sprach die gegenläufige Entwicklung der Gewerbe- und Umsatzsteuer an, was bestätige, dass der Exportbereich gut laufe.

Kreisrätin Wright zeigte sich erfreut über steigende Einnahmen bei der Einkommen- und Gewerbesteuer, was eine gute Entwicklung zeige. In einigen Gemeinden betrage die Steigerung 100 %, dreimal mehr als angenommen. Leider gebe es auch einige negative Entwicklungen, aber insgesamt sei die Entwicklung positiv. Aufgrund des SGB II werden künftig Frauen, die in Frauenhäusern untergebracht seien, Anspruch auf Leistungen der Arbeitsagentur haben. Positiv sei weiter, dass das Frauenhaus der Region 1 über die drei Gebietskörperschaften auch weiterhin gehalten werden könne.

Kreisrat Stappel sagte, die Darstellung, die Wirtschaft sei schon wieder im Lot, sei nicht richtig. Aus der Presse sei allen bekannt, wieviele Betriebsschließungen und Arbeitslose es gebe. Wenn nicht bald etwas geschehe, nütze es auch nichts, wenn der Export floriere. Schwerpunkt sei die Binnenwirtschaft. Es müsse daher alles getan werden, dass diese angekurbelt werde. Dazu seien allerdings bessere Konditionen erforderlich. Die Wirtschaft im Landkreis Miltenberg befinde sich in einer schwierigen Situation. Insbesondere Baufirmen klagten über die derzeitige Auftragslage.

Kreisrat Oettinger bemerkte zu den Äußerungen von Kreisrätin Wright, dass nicht so getan werden dürfe, als sei alles „heile Welt“. Tatsache sei, dass die Haushaltspläne der Kommunen niedrige Ansätze enthalten und es den Kommunen finanziell nach wie vor schlecht gehe. Das gleiche gelte für die Wirtschaft. Es gebe im Landkreis Miltenberg kaum eine Baufirma, die ein 4 Mio €-Projekt ausführen könne.

Landrat Schwing sagte, man sollte über jede Entwicklung nach oben froh sein, selbst wenn diese noch so klein sei. Die im Schulzentrum Elsenfeld geplanten Investitionen sowie die durchzuführenden Straßenbaumaßnahmen werden nur realisiert werden können, wenn die Steuereinnahmen entsprechend fließen. Ansonsten gehe die Kreisumlage nach oben oder die Verschuldung steige an. Es habe zwar keinen Sinn zu klagen, es müsse aber auch die Realität gesehen werden. Schließlich hätten die Kommunen innerhalb von vier Jahren 10 Mio € Gewerbesteuer verloren. Und bezüglich des Bezirkshaushalts 2005 werde es noch harte Verhandlungen geben.

Unter Hinweis darauf, dass im Jahr 2004 eine deutliche Kreisumlagerhöhung erfolgt sei, informierte Landrat Schwing abschließend darüber, dass in Bayern von 71 Landkreisen nur 12 Landkreise eine niedrigere Kreisumlage als der Landkreis Miltenberg hätten.

Tagesordnungspunkt 6:

Information über die Umsetzung des SGB II im Landkreis Miltenberg

Landrat Schwing teilte mit, dass die Umsetzung des SGB II im Landkreis Miltenberg weitgehend in trockenen Tüchern sei. Wichtig sei, dass bis zum Beginn (01.01.2005) kein Tag mehr verloren gehe. Im Kreisausschuss am 29.09.2004 sei bereits mitgeteilt worden, dass der Landkreis Miltenberg ab Januar bis zum Sommer 2004 mit der Agentur für Arbeit Aschaffenburg und Stadt und Landkreis Aschaffenburg verhandelt habe. Parallel dazu habe der Landkreis Miltenberg ab Sommer 2004 mit der Agentur für Arbeit Aschaffenburg Gespräche geführt, weil man gemerkt habe, dass jede Gebietskörperschaft andere Probleme habe. Es sei dazu eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Medizinaldirektor Dr. Dittmeier, Verwaltungsamtmann Vill und Verwaltungsamtmann Beger, gebildet worden. Die Arbeitsgruppe habe die Gespräche unter enormem Zeitdruck geführt und das Optimale ausgehandelt. Trotz unterschiedlicher Positionen seien sich alle einig, dass die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe richtig sei.

Landrat Schwing erinnerte sodann daran, dass der Kreistag am 26.07.2004 über die verschiedenen Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert habe. Ihm (Landrat Schwing) wäre die Option am liebsten gewesen. Leider habe es dafür keine Chance gegeben, weil u.a. der Zeitdruck zu groß gewesen sei. Die Verhandlungen mit der Agentur für Arbeit seien seitens des Landkreises Miltenberg aus Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen worden. Diese hätte nämlich kein Verständnis dafür, wenn man sich verweigern würde.

Der Kreisausschuss habe sich dann am 29.09.2004 eingehend mit der Umsetzung des SGB II im Landkreis Miltenberg befasst. Die anwesenden Vertreter der Agentur für Arbeit hätten bestätigt, dass die Verhandlungsatmosphäre in der Sache konsequent und hart, äußerst konstruktiv und kompromissbereit, zeitlich und inhaltlich zielführend und in hohem Maße vertrauensvoll gewesen sei. Die bisherigen Vertragsverhandlungen seien vom Kreisausschuss einstimmig begrüßt und gebilligt worden. Beschlossen worden sei

- die Errichtung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft im Sinne von § 44 b SGB II,
- durch öffentlich-rechtlichen Vertrag ab 01.10.2004 (als sog. „virtuelle ARGE“),
- ab 01.01.2005 räumlich untergebracht im Nordflügel des Landratsamtes Miltenberg,
 - Nutzung der Infrastruktur (Räume, Parkplätze,),
 - Nutzung der Serviceeinrichtungen (Hausmeister, Reinigung,),
 - eigener Mietvertrag.

Wesentliche Punkte seien im Konsens verhandelt worden. Detailfragen der Umsetzung sollen bis 30.11.2004 geklärt sein. Es gebe noch 13 ungeklärte Fragen.

Verwaltungsamtmann Beger gab folgende wesentliche Inhalte des Vertragsentwurfes bekannt:

- Struktureller Aufbau der ARGE mit möglichst geringer Kosten- und Personalstruktur,
 - das Personal bleibe beim jeweiligen Dienstherrn, lediglich Personalüberlassung,
 - Personalüberlassung über den eigenen Aufgabenanteil hinaus vereinbar, so dass keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden müssen,
 - Revisionsklausel für die Festlegung des Aufgabenanteils (10 % Landkreis Miltenberg, 90 % Agentur für Arbeit),
 - dauerhafte Begleitung durch „Steuerungsgruppe“ (Vorsitz: Landratsamt) und „begleitende Arbeitsgruppe“,
 - erster Geschäftsführer von der Agentur für Arbeit, Stellvertreter vom Landratsamt,
 - Detailregelungen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit.
- Damit seien alle Zielsetzungen des Unternehmensleitbildes erreicht.

- Kommunales Innovationszentrum
 - eigene kreative Ideen aktiv in Verhandlungen eingebracht.
- Kundenorientierung
 - Zielsetzung aller Bestrebungen sei die Bearbeitung „aus einer Hand“,
 - kundennahe Lösung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.
- Mitarbeiterorientierung
 - Arbeitsplatzsicherung,
 - Erhalt vorhandener Kompetenzen.
- Wirtschaftliche Verwaltung
 - hoher Refinanzierungsaspekt durch Personalkostenerstattung und Mieteinnahmen,
 - Übertragung der Vollzugsaufgaben, Grundsatzentscheidungen kommunaler Aufgaben bleiben weiterhin im Entscheidungsbereich des Landkreises Miltenberg,
 - Revisionsklausel.
- Gleichwertige Lebensbedingungen
 - kundenorientierte und finanzierbare Dienstleistung unter Berücksichtigung regionaler Interessen,
 - gemeinsame Verantwortung für eine möglichst effektive Umsetzung der „Hartz IV“-Gesetzgebung.
- Die Verträge seien ausgefertigt und
- die Umsetzungsgespräche angelaufen
- Die offizielle Vertragsunterzeichnung erfolge am 11.10.2004.

Abschließend stellte Verwaltungsamtmann Beger das Organigramm der Arbeitsgemeinschaft vor.

Landrat Schwing bemerkte, dass der Erfolg von der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abhängt. Bezüglich des finanziellen Aspektes gehe es jetzt nur um die Einrichtung und den laufenden Betrieb der Arbeitsgemeinschaft. Bei den Ausgaben werden die Leistungen die große Unbekannte sein. Im Gesetz stehe, dass pauschaliert werde. Der hohe Ausländeranteil des Landkreises Miltenberg werde vermutlich dazu führen, dass die Spitze nicht abgedeckt werden könne. Unter Umständen müsse nachgebessert werden.

Kreisrätin Wright dankte für die Verhandlungen und den Vertrag. Was jetzt vollzogen werden soll, sei die größte Arbeitsmarktreform, die alle gewollt hätten. Ziel dieser Reform sei die bessere Vermittlung von Arbeitslosen. Fakt sei, dass damit niemand Erfahrung habe, weil es noch nie eine solche Zusammenarbeit zwischen einem Landkreis und der Agentur für Arbeit gegeben habe. Die Bundesregierung habe bezüglich des Vollzugs des SGB II alle Rechte und Pflichten nach unten abgegeben. Landkreisverwaltung und Agentur für Arbeit verdienen großes Lob, weil sie das Beste daraus gemacht hätten. Nach Meinung von Kreisrätin Wright sei es gut, dass keine Option beschlossen worden sei. Langfristig sollte jedoch die Zusammenarbeit innerhalb der Region 1 angestrebt werden.

Kreisrätin Wright bat sodann Kreiskämmerer Straub, sich an den Freistaat Bayern zu halten, damit die für die Umsetzung des SGB II vom Bund bereitgestellten Mittel heruntergereicht werden.

Kreisrat Dr. Fahn fragte, ob die Bedenken der SPD-Fraktion mit den Ausführungen von Kreisrätin Wright ausgeräumt seien. Was die regionale Zusammenarbeit betreffe, sei er der Meinung, dass die für den Landkreis Miltenberg beschlossene Lösung die bessere sei. Bezüglich „Steuerungsgruppe“ und „begleitende Arbeitsgruppe“ fragte Kreisrat Dr. Fahn, wel-

che Aufgabenkompetenz diese hätten und welche Kompetenzen dem Kreisausschuss und Kreistag verbleiben.

Landrat Schwing sagte dazu, wie es jetzt aussehe, gehen die Überlegungen des Landkreises Aschaffenburg in die gleiche Richtung wie die des Landkreises Miltenberg, nämlich Gründung einer Arbeitsgemeinschaft. Selbst wenn für die Region 1 nur eine Lösung beschlossen würde, müsste es Außenstellen geben. Über das Modell des Landkreises Miltenberg werde übrigens bereits in anderen Landkreisen nachgedacht.

Die Fragen von Kreisrat Dr. Fahn beantwortete Verwaltungsamtmann Beger wie folgt: Aufgaben der Steuerungsgruppe, die mindestens einmal jährlich tage, seien strategische Punkte (z.B. Personalentscheidungen). Die begleitende Arbeitsgruppe bereite Sitzungen vor und sei für organisatorische Dinge zuständig.

Kreisrat Ripperger stellte fest, dass die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Geburtsstunde einer Mammutbehörde sei. Frage: Was sollen Menschen arbeiten, die nicht vermittelt werden können? Solange keine Arbeitsplätze vorhanden seien, könne niemand vermittelt werden. Schließlich können nicht alle Arbeitslosen 1,00 €-Jobs annehmen. Kreisrat Ripperger bat zu bedenken, dass von SGB II Millionen menschliche Schicksale abhängen. Insbesondere wegen der Unterkunftskosten werde es große soziale Härten geben. Er wünsche sich daher, dass Hilfebedürftige großzügig behandelt werden.

Landrat Schwing stimmte zu, dass aufgrund der Reform nicht sofort Arbeitsplätze geschaffen werden. Was die Aussage von Kreisrat Ripperger bezüglich „Mammutbehörde“ betreffe, müsse darauf hingewiesen werden, dass das Gegenteil der Fall sein werde. Langfristig werde es für Hilfebedürftige bestimmt Verbesserungen geben. Der Punkt „Unterkunft“ werde nicht sofort umgesetzt werden können, denn wenn keine entsprechenden Wohnungen zur Verfügung stehen, werden Hilfebedürftige nicht umziehen können.

Kreisrat Andre schloss sich dem Lob und Dank seiner Vorredner an und wies darauf hin, dass mit dem Vertragsabschluss die Gefahr, dass Institutionen gegeneinander arbeiten, gebannt sei. Es könne darauf vertraut werden, dass das Hauptziel, Menschen in Arbeit und Brot zu bringen, gezielt angegangen werde. Auch wenn nicht sofort Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, müsse der Versuch gestartet werden. Wichtig sei, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes ihre Sachkompetenz einbringen können.

Kreisrat Stappel äußerte sich zutiefst enttäuscht über die Berichterstattung der Presse über die Kreisausschuss-Sitzung vom 29.09.2004. Darin sei ausgeführt, dass sich sämtliche politische Parteien und Gruppierungen an der Diskussion bezüglich SGB II beteiligt und Übereinstimmung erzielt hätten. Frage: Wo bleibe in diesem Bericht die Fraktion Neue Mitte? Es sei gutes Recht der Neuen Mitte, in der Öffentlichkeit so wie die übrigen Parteien und Gruppierungen präsentiert zu werden. Dies sei bisher nicht entsprechend erfolgt. Den Mitgliedern der Neuen Mitte gehe es nicht um Aufwandsentschädigung, sondern um Engagement.

Kreisrat Dr. Schüren erinnerte daran, dass Kreisausschuss und Kreistag in den letzten Monaten über die Umsetzung des SGB II kontrovers, aber sachlich diskutiert hätten. Schließlich gehe es darum, Arbeitslose zu vermitteln, sofern sie dazu in der Lage seien. Den betroffenen Menschen sollten heute folgendes signalisiert werden:

- Die bezüglich der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe errichtete Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Landkreis Miltenberg und der Agentur für Arbeit Aschaffenburg werde funktionieren.

- Das Konzept werde von allen politischen Parteien und Gruppierungen des Kreistages getragen.
- Über die weiteren Schritte werde zu gegebener Zeit beraten und entschieden.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Mottl
Protokollführerin